

Willibold Frehner **Das Amts-
enthebungsverfahren
gegen den
philippinischen
Präsidenten Estrada**

Lange konnte sich der 1998 gewählte philippinische Präsident Estrada mit Hilfe einer ergebenen Anhängerschaft gegen Vorwürfe abschotten, deren Berechtigung und Reichweite erst im Laufe der letzten Monate offenbar wurden. Korruption und Veruntreuung öffentlicher Gelder, Vetternwirtschaft sowie der auf Staatskosten erfolgte Bau von Luxusvillen für seine Freundinnen wurden für eine wachsende Zahl von Filipinos zum Anlass, sich von Estrada abzuwenden. Ein von großem Medieninteresse begleitetes Amtsenthebungsverfahren wurde zwar im November 2000 von einer knappen Mehrheit Estrada-freundlicher Kongressabgeordneter abgeschmettert, führte aber erneut zu einer Stärkung der Opposition, deren Symbolfiguren Kardinal Sin, Corazon Aquino und Fidel Ramos waren. Die Massenproteste der Bevölkerung bewogen schließlich den Obersten Gerichtshof, die populäre Vizepräsidentin Gloria Arroyo zur neuen Präsidentin zu ernennen und Estrada zum Amtsverzicht zu zwingen.

Zum ersten Mal in der Geschichte der Philippinen wurde ein amtierender Präsident der Korruption und Misswirtschaft angeklagt und ein Amtsenthebungsverfahren gegen ihn eingeleitet. Präsident Estrada, 1998 mit großer Mehrheit (über 40 Prozent der abgegebenen Stimmen) zum Nachfolger von Präsident Fidel Ramos gewählt, hatte seine Regierung und das Land in eine tiefe Krise gestürzt. Nach zahlreichen kleineren Skandalen erschütterte im Oktober 2000 ein weiterer das Land: Der Gouverneur von Ilocos Sur, Luis Chavit Singson, ein früherer enger Freund des Präsidenten der Philippinen, behauptete, dass Präsident Estrada von November 1998 bis August 2000 über 400 Millionen Peso oder umgerechnet rund 20 Millionen DM aus halblegalen Glücksspielen (Lotterie) sowie aus dem Aufkommen der Tabaksteuer bekommen und für private Zwecke verwendet hat. Weitere rund zehn Millionen DM flossen nach Angaben des Gouverneurs an Familienmitglieder des Präsidenten und an zwei Senatoren.

Der Präsident der Christdemokraten (Lakas-NUCD-UMDP-KAMPI), Senator Guingona, beschuldigte vor dem Hintergrund dieser Behauptungen in einer Sitzung des Senats den Präsidenten der Philippinen der Korruption und der Veruntreuung von öffentlichen Geldern. In Sondersitzungen des Senats wurden Zeugen vernommen, die den Sachverhalt weitgehend bestätigten.

Heherson Alvarez, Kongressabgeordneter und Generalsekretär der Christdemokraten, leitete im Kongress ein Verfahren ein, um Präsident Estrada abzusetzen. Bei den gegebenen Mehrheitsverhältnis-

sen im Kongress war es schwierig, ein Absetzungsverfahren einzuleiten, da nur 35 von 219 Abgeordneten der Opposition angehörten und 73 Abgeordnete (ein Drittel) nötig waren, um ein solches Verfahren einzuleiten. Die Regierungskoalition, die rund 80 Prozent der Mitglieder des Kongresses umfasste, versuchte mit allen Mitteln, das Amtsenthebungsverfahren zu verhindern.

Präsident Estrada bestritt alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe und beschuldigte die Opposition, die Aussagen zu konstruieren, um seine Regierung zu stürzen. Immer neue Details der Anschuldigungen wurden bekannt und die Diskussion in den Medien und der Öffentlichkeit wurde intensiver. Kardinal Sin sprach dem Präsidenten der Philippinen das moralische Recht ab, weiter zu regieren und forderte Estrada auf, zurückzutreten. Ein großer Teil der Bevölkerung war überzeugt, dass Präsident Estrada Bestechungsgelder angenommen hat, und war empört darüber. Allerdings gab es noch immer eine Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere die unteren Einkommensklassen, die zum Präsidenten standen. In den folgenden Wochen häuften sich die Protestdemonstrationen im Lande gegen Präsident Estrada. Die Demonstranten forderten den Rücktritt des Präsidenten und eine moralische Erneuerung der Werte in der Gesellschaft.

Die Vizepräsidentin, Gloria Macapagal-Arroyo, hatte als Reaktion auf den erneuten Skandal ihren Rücktritt als Ministerin für „Social Welfare and Development“ erklärt und verließ das Kabinett Estradas. Dieser lange überfällige Schritt klärte endlich die verschwommenen Fronten zwischen Regierung und Opposition in den Philippinen. Gloria Macapagal-Arroyo ist National Vice-Chairman der christdemokratischen Partei Lakas-NUCD-UMDP-KAMPI.

Seit ihrem Austritt aus der Regierung versuchte Gloria Macapagal-Arroyo, die Kräfte der Opposition zu bündeln, um den politischen Block mit der Christdemokratischen Partei zu stärken und eine personelle Alternative zum gegenwärtigen Kabinett aufzubauen. Ein alternatives Regierungsprogramm wurde ausgearbeitet.

Am 18. Oktober 2000 wurde das Amtsenthebungsverfahren gegen Präsident Estrada im Kongress offiziell eingeleitet. Der Antrag des Abgeordneten Alvarez

■ ■ ■ **Präsident Estrada bestritt alle gegen ihn erhobenen Vorwürfe und beschuldigte die Opposition, die Aussagen zu konstruieren, um seine Regierung zu stürzen. Immer neue Details der Anschuldigungen wurden bekannt und die Diskussion in den Medien und der Öffentlichkeit wurde intensiver.**

wurde von 42 Abgeordneten und 26 Bürgerrechtsgruppen unterzeichnet. Er umfasste vier Anklagepunkte: Bestechung (durch Gelder von Betreibern illegaler Glücksspiele), Korruption (Verwendung öffentlicher Gelder für private Zwecke des Präsidenten), Veruntreuung (Interventionen zugunsten seiner politischen Freunde), Verletzung der Verfassung (Weitergabe von konfiszierten Fahrzeugen an Kabinettsmitglieder).

Die Demonstrationen, vor allem in Makati, dem Hauptgeschäftsviertel der Hauptstadt Manila, gegen den Präsident Estrada gingen weiter. Die Forderungen nach einem Rücktritt des Präsidenten wies Estrada zurück. Er bestritt alle Vorwürfe gegen ihn und behauptete, nicht einen „Centavo“ veruntreut zu haben. Das Verfahren zur Amtsenthebung werde seine Unschuld beweisen.

■ Schon bald, nachdem das Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde, versuchte Präsident Estrada, die Mehrheit der Abgeordneten des Kongresses an sich zu binden, um das Verfahren abzublocken.

Schon bald, nachdem das Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurde, versuchte Präsident Estrada, die Mehrheit der Abgeordneten des Kongresses an sich zu binden, um das Verfahren abzublocken. Projektgelder wurden aus dem staatlichen Haushalt ausgezahlt. Unterstützung für die Wiederwahl von Abgeordneten wurden versprochen. Die Opposition sprach erneut von Einflussnahme, Bestechung, Betrug und unsolider Haushaltsführung.

Erhebliche Probleme zeichneten sich seit längerer Zeit beim Staatsbudget ab. Das geringe Steueraufkommen (nicht erhobene bzw. nicht gezahlte Steuern), der Krieg in Mindanao, eine unsolide Haushaltsführung und die exzessive Korruption führten zu einem gewaltigen Haushaltsdefizit. ADB, IWF und die Weltbank hatten die unsolide Haushaltsführung moniert und finanzielle Zusagen, auch wegen fehlender gesetzlicher Grundlagen (Omnibus Power Bill), in Frage gestellt.

Die wirtschaftliche Situation des Landes war ohnehin fragil und drohte durch massive Streiks und Demonstrationen sich noch zu verschlimmern. Der Krieg in Mindanao und das Geiseldrama auf Jolo führten zu einem starken Rückgang des Tourismus und damit einhergehenden Devisenausfällen. Seit Beginn des Jahres reduzierten sich auch die Neuinvestitionen im Lande gravierend. Ein Rückgang um über 60 Prozent der Investitionen wurde verzeichnet, die geringsten Neuinvestitionen seit zwölf Jahren.

Insidergeschäfte mit Protektion des Präsidenten an der philippinischen Börse zogen einen gewaltigen Kursverfall nach sich und eine Verlagerung von Kapital ins Ausland. Im Jahr 2000 hatte die Börse in Manila rund 30 Prozent ihres Wertes verloren. Die philippinische Börse hatte in Asien die schlechteste Jahresbilanz. Das Resultat all dieser Veränderungen war ein erheblicher Kursverfall des Peso um rund 20 Prozent von rund Peso/Dollar 1 : 39,00 auf Peso/Dollar 1 : 50,00.

Durch massive Zinserhöhungen und durch Stützungsverkäufe von US-Dollar versuchte die philippinische Zentralbank im Oktober den Verfall der Währung zu stoppen. Steigende Zinsen (die Banken verleihen Kredite zu Zinssätzen zwischen 20 Prozent und 35 Prozent) und – durch den Währungsverfall mitbedingt – erneut gestiegene Energiepreise machten der philippinischen Wirtschaft am Jahresende erheblich zu schaffen.

Die angespannte wirtschaftliche Lage, die explosive politische Diskussion und permanente Demonstrationen und Streiks heizten die Situation auf. Die Forderungen nach dem Rücktritt Estradas wurden heftiger, insbesondere Gewerkschaften und die Unternehmerschaft schlossen sich angesichts der zugespitzten wirtschaftlichen Lage den Demonstrationen an. Neuwahlen kamen in die Diskussion, aber auch Szenarien, die ein Eingreifen des Militärs vorsahen, oder die Ausrufung des Kriegsrechts waren in der Debatte.

Ende Oktober 2000 begann eine Kommission des Senats unter Leitung von Senator Pimentel, verschiedene Anschuldigungen gegen den Präsidenten zu untersuchen. Das Philippine Center for Investigative Journalism, legte eine Recherche vor, die den Präsidenten in enge Beziehungen brachte zum Bau und zur Finanzierung von Häusern, die von Freundinnen des Präsidenten bewohnt wurden. Gelder aus dem Erlös der Glückspiele, die Estrada erhalten hatte, sollen vom Präsidenten für diese Häuser verwendet worden sein. Darüber hinaus sollten Beteiligungen von Familienmitgliedern des Präsidenten an verschiedenen Firmenkonglomeraten geklärt werden.

Die politische Auseinandersetzung verschärfte sich weiter: Die Opposition verlangte den sofortigen Rücktritt des Präsidenten. Der frühere Präsident

■ Ende Oktober 2000 begann eine Kommission des Senats unter Leitung von Senator Pimentel, verschiedene Anschuldigungen gegen den Präsidenten zu untersuchen. Das Philippine Center for Investigative Journalism, legte eine Recherche vor, die den Präsidenten in enge Beziehungen brachte zum Bau und zur Finanzierung von Häusern, die von Freundinnen des Präsidenten bewohnt wurden.

Ramos warf Estrada vor, keine Lösung der politischen und wirtschaftlichen Probleme des Landes anzubieten. Angesichts des Haushaltsdefizits, des Verfalls der Börse und des philippinischen Peso wurden in Unternehmerkreisen die Forderungen nach einem Rücktritt Ertradas lauter. Die Erinnerungen an die unblutige „EDSA-Revolution“, die zur Flucht von Diktator Marcos führte, wurden zurückgerufen. Neue Demonstrationen sollten zum Rücktritt Estradas führen.

Präsident Estrada konterte mit einem Angebot an die Opposition, sich an der Regierung zu beteiligen und gemeinsam mit ihm Reformen durchzuführen, um die Krise des Landes zu beheben. Er machte erneut klar, dass er nicht zurücktreten und die gegen ihn erhobenen Anschuldigungen zu gegebener Zeit beantworten werde.

■ Am 13. November 2000 gelang der Opposition im Kongress, was lange Zeit nicht zu erwarten war: 77 Kongressabgeordnete unterzeichneten das Dokument zur Einleitung des Verfahrens der Amtsenthebung von Präsident Estrada.

Am 13. November 2000 gelang der Opposition im Kongress, was lange Zeit nicht zu erwarten war: 77 Kongressabgeordnete unterzeichneten das Dokument zur Einleitung des Verfahrens der Amtsenthebung von Präsident Estrada. Ohne Diskussion und Aussprache beschloss der Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, Manuel Villar, der wie einige seiner Parteifreunde die Regierungskoalition angesichts der Anschuldigungen gegen den Präsidenten verlassen hatte, die Petition an den Senat zu übergeben. Der Senat bestätigte den korrekten Eingang des Dokuments. Das eigentliche Impeachment-Verfahren des Präsidenten im Senat konnte vorbereitet werden.

Im Kongress spielten sich turbulente Szenen ab. Beifall und Jubelstürme auf Seiten der Opposition. Bestürzung und Wut auf Seiten der Mehrheit, die dem Präsidenten das Verfahren ersparen wollten. Manuel Villar, der abtrünnige Präsident des Kongresses, wurde von der Mehrheit der Anhänger Estradas abgewählt. Auch im Senat wurde Senatspräsident Drillon abgewählt, da er ebenfalls das Lager des Präsidenten Estrada verließ. Neuer Senatspräsident wurde Senator Pimentel.

Nun begannen die Spekulationen über den Verlauf des Amtsenthebungsverfahrens im Senat. In dem Verfahren musste nachgewiesen werden, dass der Präsident entsprechend den vier Anklagepunkten erhebliche Verfehlungen begangen hat. Wenn dies nachgewiesen und der Präsident des Amtes enthoben war,

war die Immunität aufgehoben und Estrada konnte vor ein ordentliches Gericht gestellt werden. Ankläger waren elf Abgeordnete der Opposition im Kongress, unter der Leitung des Fraktionsführers der Christdemokraten, Belmonte. Zwei Drittel der Senatoren müssten dafür votieren, dass der Präsident erhebliche Verfehlungen begangen hat, dann wäre dieser abgesetzt. Zu Beginn des Verfahrens schien dies eher wenig wahrscheinlich: Neun Abgeordnete neigten zur Amtsenthebung, fünf waren fest auf Seiten Estradas, acht Senatoren waren nicht eindeutig den politischen Blöcken zuzuordnen.

Angesichts der für den Präsidenten günstigen Mehrheitsverhältnisse im Senat versuchte die Regierung Estradas, die Initiative zurückzugewinnen. Die Opposition wurde beschuldigt, Unruhe zu schüren und den wirtschaftlichen Niedergang zu verursachen. Der Vizepräsidentin, Gloria Macapagal-Arroyo, wurde Machthunger unterstellt, da sie Oppositionsgruppierungen vereinigte, ein Alternativprogramm erarbeitete und den Rücktritt des Präsidenten forderte. Die Propaganda des Präsidentenpalastes lief auf Hochtouren und verkündete, dass Präsident Estrada einen neuen Arbeitsstil und einen neuen Lebensstil kreiere: Ab sofort herrsche eine neue Arbeitsethik, ohne durchzechte Nächte und ohne Gespielinnen.

Senatspräsident Pimentel bereitete das Amtsenthebungsverfahren nach US-amerikanischem Vorbild vor. 22 Senatoren wurden am 20. November 2000 vereidigt, der Oberste Richter der Philippinen, Hilario Davide, sollte das Tribunal leiten, das Zeugen vorladen und verhören kann. Auch die Senatoren konnten Fragen stellen und Statements abgeben.

Auf den Straßen der Hauptstadt Manila fanden Anfang und Mitte November 2000 fast täglich Kundgebungen statt. Rund 100 000 Personen folgten einem Aufruf von Kardinal Sin, Corazon Aquino, Fidel Ramos und Gloria Macapagal-Arroyo und forderten den sofortigen Rücktritt des Präsidenten. Estrada konterte seinerseits mit einer Kundgebung von rund 500 000 Menschen, vor allem Anhängern verschiedener Religionsgemeinschaften (El Shaddai und Iglesia ni Cristo) und demonstrierte damit, dass sein Rückhalt, insbesondere bei den armen Bevölkerungsschichten noch immer stark ist. Pressewirksam ver-

■ Auf den Straßen der Hauptstadt Manila fanden Anfang und Mitte November 2000 fast täglich Kundgebungen statt. Rund 100 000 Personen folgten einem Aufruf von Kardinal Sin, Corazon Aquino, Fidel Ramos und Gloria Macapagal-Arroyo und forderten den sofortigen Rücktritt des Präsidenten.

teilte er seit dem Beginn der Korruptionsaffäre fast täglich Landtitel oder andere Geschenke an Arme und versuchte damit zu zeigen, dass er noch immer der Präsident der armen Massen ist. Immer wieder stellte sich auch die Frage, wie sich das Militär verhalten würde angesichts der zunehmenden Proteste im Land. Da die Proteste allesamt friedlich verliefen, gab es auch für die Militärs keinen Grund, drakonische Maßnahmen durchzuführen.

■ Am 6. Dezember 2000 begann das Impeachmentverfahren im Senat. Die Anklage kündigte an, 54 Zeugen zu den vier Anklagepunkten zu präsentieren und schätzte die Verhandlungsdauer auf über 30 Tage ein. Mehrere Fernsehkanäle wurden zugelassen, vom Amtsenthebungsverfahren direkt zu berichten, so dass sich der interessierte Bürger vom Inhalt und Verlauf des Verfahrens ein Bild machen konnte.

Am 6. Dezember 2000 begann das Impeachmentverfahren im Senat. Die Anklage kündigte an, 54 Zeugen zu den vier Anklagepunkten zu präsentieren und schätzte die Verhandlungsdauer auf über 30 Tage ein. Mehrere Fernsehkanäle wurden zugelassen, vom Amtsenthebungsverfahren direkt zu berichten, so dass sich der interessierte Bürger vom Inhalt und Verlauf des Verfahrens ein Bild machen konnte. In einem formellen Schreiben gab Präsident Estrada kund, dass er in allen vier Anklagepunkten nicht schuldig sei. Das Team der Verteidiger des Präsidenten wurde angeführt von Estelito Mendoza, der schon Rechtsbeistand für die Familie Marcos geleistet hat. Der Beginn des Verfahrens wurde von großem Publikumsinteresse und von Demonstrationen und Streiks begleitet.

Die Aussagen der vernommenen Zeugen wiesen nach, dass Gelder aus den halblegalen Glücksspielen in das Umfeld des Präsidenten transferiert wurden. Beträge tauchten auf, die auf dubiosen Konten gutgeschrieben wurden, wie dem Konto einer „Stiftung für muslimische Jugendliche“ (Eraps Muslim Youth Foundation). Inhaber der Konten waren Freunde und Verwandte von Präsident Estrada. Der Präsident der Stiftung für muslimische Jugendliche ist der Schwager von Präsident Estrada. Andere Konten wurden offensichtlich dazu genutzt, die für die Freundinnen von Estrada gebauten Häuser zu finanzieren. Estrada selbst bestritt immer, dass er persönlich etwas mit den transferierten Geldern zu tun hätte. Die Häuser seien von Freunden gebaut worden. Er hätte diese nur gelegentlich genutzt.

Die Beschuldigungen über die Weiterleitung von Geld an das Umfeld von Präsident Estrada erfolgten vor allem von Gouverneur Singson und seinen Mitarbeitern. Gouverneur Singson, ein früherer, enger Freund von Präsident Estrada, machte nie einen

Hehl daraus, dass er Teil der philippinischen Glücksspiel-Mafia war. Für die Verteidigung des Präsidenten war es deshalb leicht, darauf hinzuweisen, dass die Glaubwürdigkeit solcher Zeugen zu bezweifeln sei.

Diese Situation änderte sich, als neue Konten mit 1,2 Milliarden Peso in den Mittelpunkt rückte. Um einen Investmenttransfer in Höhe von 500 Millionen Peso zugunsten eines Freundes durchzuführen, unterschrieb Präsident Estrada einige Bankformulare nicht mit seinem Namen, sondern mit der Unterschrift „José Velarde“. Dies wurde von einer Mitarbeiterin der Bank bestätigt, die bei der Urkundenfälschung anwesend war. Es war auch das erste Mal im Laufe des Prozesses, dass Estrada direkt mit einem Bankkonto in Verbindung gebracht wurde, das offensichtlich schwarze Gelder beinhaltete.

Das Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten der Philippinen war kein Prozess vor einem ordentlichen Gericht, das kriminelle Verfehlungen aburteilt. Das Verfahren sollte feststellen, ob der Präsident geeignet ist, das Land zu regieren, ob die Macht des Präsidenten missbraucht wurde und ob er Gesetze gebrochen hat.

Die verheerenden Bombenanschläge am 30. Dezember in Manila mit über 20 Toten und Hunderten von Verletzten zeigen eine hohe Gewaltbereitschaft von Gruppierungen, die vor Massakern an der Zivilbevölkerung nicht zurückschrecken. Noch gibt es keine gesicherten Hinweise auf die Motive oder Hintergründe der Anschläge. Eine gezielte Einschüchterung der Bevölkerung und eine Ablenkung der Aufmerksamkeit vom Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten dürften die Motive der Anschläge gewesen sein.

Die nach der Weihnachtspause wieder aufgenommenen Zeugenaussagen und Beweisführungen im Amtsenthebungsverfahren wiesen nach, dass die Ehefrau Estradas ebenfalls Millionenbeträge aus den Glücksspielen erhalten hat und dass die Verteidigung im Prozess, zumindest der Rechtsanwalt Estelito Mendoza, noch im Dezember vergangenen Jahres mitgeholfen hat, Bankkonten des Präsidenten zu verschleiern und die wahren Kontoinhaber zu vertuschen.

■ ■ ■ Das Amtsenthebungsverfahren gegen den Präsidenten der Philippinen war kein Prozess vor einem ordentlichen Gericht, das kriminelle Verfehlungen aburteilt. Das Verfahren sollte feststellen, ob der Präsident geeignet ist, das Land zu regieren, ob die Macht des Präsidenten missbraucht wurde und ob er Gesetze gebrochen hat.

Während der nächsten Verhandlungstage standen die Interventionen des Präsidenten der Republik zugunsten von Freunden im Mittelpunkt der Anklage und der Ermittlungen. Insidergeschäfte an der Börse trieben im Jahr 1999 und 2000 die Aktien eines Freundes von Estrada in schwindelnde Höhen. Estrada gab telephonische Anweisungen an die ermittelnden Aufsichtsbehörden, trotz der aussergewöhnlichen Steigerungen der Anteile nicht zu intervenieren und zu ermitteln. Ein vorläufiger Höhepunkt war erreicht, als der frühere Finanzminister Edgardo Espiritu (er schied im Januar 2000 aus dem Kabinett aus, weil er die Unregelmässigkeiten der Regierung nicht mehr mittragen wollte) aussagte, dass die genannten Aktien zu grossen Teilen dem Präsidenten selbst gehörten. Am darauffolgenden Tag verließ eine Freundin des Präsidenten das Land in Richtung Hongkong, ein „Bote“ wurde am Flughafen gefasst, der mit derselben Maschine acht Millionen Peso in bar nach Hongkong bringen sollte.

■ Am 16. Januar 2001 nahm das Amtsenthebungsverfahren eine entscheidende Wendung: Die Ankläger verlangten im Senat, die von einer Bank zur Verfügung gestellten Unterlagen über ein weiteres Konto des Präsidenten Estrada in Höhe von rund 130 Millionen DM zu öffnen und als Beweismaterial der Anklage im Prozess zuzulassen.

Am 16. Januar 2001 nahm das Amtsenthebungsverfahren eine entscheidende Wendung: Die Ankläger verlangten im Senat, die von einer Bank zur Verfügung gestellten Unterlagen über ein weiteres Konto des Präsidenten Estrada in Höhe von rund 130 Millionen DM zu öffnen und als Beweismaterial der Anklage im Prozess zuzulassen. Von diesem Konto aus erfolgten offensichtlich Zahlungen, die der Finanzierung des Baus von Villen für einige der Freundinnen des Präsidenten dienten.

Die Abstimmung des Senates erfolgte mit zehn zu zehn Stimmen gegen den Antrag der Ankläger. Senatspräsident Pimentel trat daraufhin mit der Begründung zurück, die Mehrheit des Senates sei nicht an Aufklärung der Wahrheit interessiert, sondern helfe mit, die Machenschaften des Präsidenten zu decken. Der Rücktritt des Senatspräsidenten wurde am darauffolgenden Tag von der Mehrheit des Senates zurückgewiesen. Die Ankläger kündigten an, künftig am Verfahren nicht mehr teilnehmen zu wollen.

Das Verfahren im Senat wurden von verschiedenen Fernsehkanälen live übertragen. Die Sendungen fanden bei der Bevölkerung enormen Zuspruch und hohe Einschaltquoten, da ständig neue und pikante Enthüllungen anstanden und der weitere Verlauf wie

in einem spannenden Kriminalfilm nicht vorhersehbar war.

Nach der Abstimmung im Senat (21.30 Uhr) versammelten sich in allen grösseren Orten in den Philippinen verärgerte und frustrierte Menschen, um gegen das Abstimmungsergebnis und gegen Estrada zu demonstrieren. Per Handy und Textmessage verständigte man sich gegenseitig, um sich spontan zu treffen. Vor allem Jugendliche, Studenten und der Mittelstand nahmen an den Protesten teil. In Manila forderten bei einer Kundgebung am EDSA-Shrine Kardinal Sin, die frühere Präsidentin Aquino und die Vizepräsidentin Macapagal-Arroyo die Bürger auf, eine neue EDSA-Revolution einzuleiten. Tausende von Demonstranten blieben bis in die frühen Morgenstunden. Der einflussreiche Unternehmerverband in Makati rief zu einem Generalstreik im Lande auf, während Präsident Estrada mit hohen Militärs über die Lage beriet.

Am 17. Januar trat der Senat zusammen, um das Verfahren ordnungsgemäß weiterzuführen. Die elf Ankläger (Kongressabgeordnete) aus der Opposition erschienen, wie angekündigt, nicht zur Verhandlung. Der Oberste Richter, der das Verfahren leitete, beschloss daraufhin, das Verfahren auf unbestimmte Zeit auszusetzen. Im Kongress gab es hitzige Debatten, ob neue Ankläger auftreten sollen, um das Verfahren fortzuführen.

Durch das vorläufige Ende des Verfahrens hatte sich die erregte Diskussion über die Verfehlungen des Präsidenten weitgehend in die Medien und auf die Strasse verlagert. In den Medien tauchten Kopien von Unterlagen auf, die zu dem ungeöffneten Konto gehörten und Präsident Estrada weiter belasteten. Seit dem Abend des 16. Januar erfolgten auf den Strassen Manilas permanent friedliche Demonstrationen, Kundgebungen und Lichterketten, um den Rücktritt Estradas zu fordern. Das Militär verhielt sich neutral. Der Peso war allein in dieser Woche von 1:52 auf 1:56 im Verhältnis zum Dollar gefallen und hatte in einem Jahr rund 45 Prozent an Wert verloren.

Am Freitag, dem 19. Januar, verstärkten sich die Spannungen. Mit Bussen und Jeepneys wurden Anhänger von Estrada in das Businessviertel der Hauptstadt Manila gebracht, die dort gegen Mittag auf Gegendemonstranten trafen und sich kurze tätli-

■ Am 17. Januar trat der Senat zusammen, um das Verfahren ordnungsgemäß weiterzuführen. Die elf Ankläger (Kongressabgeordnete) aus der Opposition erschienen, wie angekündigt, nicht zur Verhandlung.

che Auseinandersetzungen lieferten. Schnell zeigte sich, dass die Gegner Estradas zahlenmässig weit überlegen waren. Die Anhänger Estradas zogen sich daraufhin zurück und versammelten sich an der Mendiola-Brücke nahe dem Präsidentenpalast.

Viele Büros im Geschäftsviertel Makati schlossen vorzeitig, um den Angestellten Gelegenheit zu geben, sich den Demonstrationen gegen den Präsidenten anzuschliessen. Am EDSA-Shrine versammelten sich rund eine Million Demonstranten, um mit Fidel Ramos, Corazon Aquino, Gloria Macapagal-Arroyo, dem Obersten Richter Hilario Davide, den oppositionellen Senatoren und Kongressabgeordneten zu demonstrieren und zu beten. Mit grossem Jubel wurde am Abend die Führung des Militärs (Verteidigungsminister Mercado, Chief of Staff General Reyes und weitere Generäle) begrüsst, als diese zu den Demonstranten kamen und verkündeten, dass das Militär dem Staatspräsidenten die Unterstützung entzogen habe, und Gloria Macapagal-Arroyo, der Vizepräsidentin, ihre Unterstützung zusicherten. Ein entscheidender Schritt zum Sturz des Präsidenten war vollzogen.

■ **Präsident Estrada beabsichtigte, Zeit zu gewinnen und versuchte Neuwahlen in die Diskussion zu bringen, während Verhandlungen über die Modalitäten seines Rücktrittes begannen.**

Präsident Estrada beabsichtigte, Zeit zu gewinnen und versuchte Neuwahlen in die Diskussion zu bringen, während Verhandlungen über die Modalitäten seines Rücktrittes begannen. Im Präsidentenpalast Malacañang wurden Versuche unternommen, über befreundete Bürgermeister weitere Pro-Estrada-Demonstranten in die Stadt zu bringen, um den Präsidentenpalast zu schützen und um eine Gegenbewegung zu starten. Estrada kündigte an, den Palast nicht zu verlassen, und stellte seinen Rücktritt nur für den Fall in Aussicht, dass ihm dafür eine Frist von fünf Tagen eingeräumt würde. Die Demonstranten am EDSA-Shrine beschlossen, die Nacht über zu bleiben und am Morgen darauf zum Präsidentenpalast zu marschieren, um Estrada aus dem Office zu vertreiben, wenn dieser bis sechs Uhr morgens nicht zurückgetreten sein sollte. Tausende von Demonstranten zogen punkt sechs Uhr Richtung Malacañang und vertrieben die dort wartenden Pro-Estrada-Demonstranten nach kurzen Auseinandersetzungen.

Zur selben Zeit verständigte sich der Oberste Richter Hilario Davide mit seinen Kollegen vom Obersten Gerichtshof darauf, Vizepräsidentin Gloria

Macapagal-Arroyo um 12 Uhr zur neuen Präsidentin des Landes zu ernennen, um das Machtvakuum zu beenden und Gewaltausbrüche und ein Blutvergießen zu verhindern. Vor einer riesigen und begeisterten Menschenmenge wurde die Vizepräsidentin vor dem EDSA-Shrine vereidigt.

Geschockt von der Vereidigung der neuen Präsidentin und von der Nachricht, dass die Demonstranten vor den Toren des Präsidentenpalastes standen, gab nun Estrada nach und bereitete seinen Rückzug vor. General Reyes und sein Stellvertreter Calimlim sicherten Estrada und seiner Frau einen geordneten Transfer zu seinem Wohnhaus in einem Stadtviertel Manilas zu.